

Wie helfen wir bei der Lösung

des Nachwuchsproblems in den Betrieben

Die vordringlichste Aufgabe unserer Partei bei der Unterbringung der Jugendlichen in Lehr- und Ausbildungsplätzen ist die Anleitung der verantwortlichen Genossen in den Organisationen, Verwaltungen und Betrieben. Es muß über die Methoden, wie wir den zukünftigen Facharbeiterbedarf jetzt bereits sichern, vollständige Klarheit unter unseren Genossen herrschen. In gewissen Abständen sind die beteiligten Funktionäre im Kreis- bzw. Landesmaßstab zusammenzufassen, um im Erfahrungsaustausch diese Methoden zu besprechen.

Es ist zum Beispiel nicht richtig, bei Schwierigkeiten in der sofortigen Aufnahme der Jugend in unsere Wirtschaft den Weg des geringsten Widerstandes einzuschlagen und dafür einzutreten, daß den privaten Betrieben mit staatlichen finanziellen Zuschüssen die Einstellung zusätzlicher Lehrlinge ermöglicht wird. Wie konnten es unsere Genossen in Sachsen zulassen, daß aus Haushaltsmitteln des Landes rund 900 000 Dhm für die Berufsausbildung im Handwerk den Privatbetrieben zur Verfügung gestellt wurden? In Mecklenburg besteht die Tendenz, aus den Finanzmitteln für die Berufsausbildung die Ausgaben für die Unbeschäftigtenunterstützung zu erhöhen. Es wäre aber besser, eine gegenteilige Entwicklung anzustreben, indem die Ausgaben für die Unterstützung unqualifizierter Arbeitskräfte eingeschränkt und gleichzeitig die Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen solcher Kräfte erhöht werden.

Die schlechte Anleitung durch unsere Parteileitungen bei der Lösung der Nachwuchsprobleme wirkt sich so aus, daß zum Beispiel in Finsterwalde von dem Ausschuß für Berufsausbildung, der sich in der Mehrzahl aus Mitgliedern unserer Partei zusammensetzt, eine Resolution verfaßt wurde mit dem Ziel, das Nachwuchssoll für die Mangelberufe herabzusetzen und dafür den Handwerksbetrieben aller Art ein erhöhtes Kontingent an Jugendlichen zu stellen; dabei ist vergessen worden, zu fordern, den Übergang der Handwerksbetriebe auf eine systematische Berufsausbildung mit einer Lehrzeit von zwei bis zweieinhalb Jahren einzuleiten. Ähnliche Tendenzen bestehen in Frankfurt/O. mit dem Ziel, die alten Traditionen der Handwerksausbildung mit einer drei- bis vierjährigen Lehrzeit mit Handwagenschieben, Ausfegen usw. in verstärktem Maße aufrechtzuerhalten. Die Vertreter des FDGB, der FDJ und des DFD nehmen an den Ausschußsitzungen für Berufsausbildung in Frankfurt/O. keinen Anteil.

Diese Beispiele zeigen, wie dringend notwendig die Anleitung und Beratung der Verantwortlichen für die Berufsausbildung ist, um zukünftig ähnliche politische und wirtschaftliche Fehler zu vermeiden. Es ist eine Aufgabe unserer Partei, darauf hinzuwirken, daß die verwaltungsmäßig aufgebrauchten Mittel für die Berufsausbildung den volkseigenen Betrieben zugeführt werden. Hier sollten diese Mittel bis auf den letzten Pfennig zur Ausbildung und Erziehung einer neuen Jugend verwendet werden. In Kreisgebieten mit einer schwachen Beanspruchung von Seiten der Industrie gehören die Ausbildungsmittel in die MAS und volkseigenen Güter.

Unsere Sorge geht dahin, den größten Teil der zur Schulentlassung kommenden Jugendlichen durch die volkseigenen Betriebe aufzufangen und sie mit einzubeziehen in die Bewegung des neuen Arbeitsheroismus.

Natürlich sollen die Schwierigkeiten in der Unterbringung der Jugend in der volkseigenen Wirtschaft aufgezeigt, die Hemmnisse erkannt und kritisch beleuchtet werden. In Zusammenarbeit mit den Genossen in der Verwaltung, im FDGB, in der FDJ und den Ausschüssen für

Berufsausbildung ist dafür zu sorgen, daß die Schwierigkeiten überprüft, Verbesserungsvorschläge gemacht und alle Möglichkeiten für die Beseitigung der Hindernisse ausgeschöpft werden. Die Übererfüllung des Nachwuchsplanes 1949/50 des Landes Sachsen-Anhalt ist allein auf eine solche Zusammenarbeit zurückzuführen. Hier haben es die Funktionäre der Verwaltung und der Organisationen verstanden, gemeinschaftlich die Probleme zu lösen, und sie entwickelten dabei eine begrüßenswerte Initiative beim Ansprechen der Industriebetriebe des Landes.

Die wirtschaftliche Entwicklung stellt gewaltige Anforderungen an Menschen und Material. Unsere Forderung lautet daher; Jeder Jugendliche ein Facharbeiter! Die führende Rolle der Partei bei der alljährlichen Kampagne zur Lehrstellenbeschaffung wird für die Erfüllung dieser Forderung von entscheidender Bedeutung sein.

Werner Ruddeck



Diese Lehrwerkstätte

in Neuenhagen, Kreis Neubarnim, die zukünftige Tischler ausbildet, wird von der Berufsschulabteilung des Kreisamtes zwar fachlich gut geleitet. Sonst kümmert sich aber niemand um diese Lehrwerkstatt, so daß die gesellschaftliche Ausbildung völlig vernachlässigt wird. (Nur einer der Lehrlinge ist z. B. in der FDJ!) Was sagen unsere Genossen im Ortsvorstand der FDJ und des FDGB dazu?(übrigens zeigt das Beispiel, wie notwendig es war, daß das Gesetz der Arbeit sich auch dieser Lehrwerkstätten annahm.) (Aufn. Bronemonn)

